

TAE
Taxpayers Association Europe

Krim

Anmerkungen zur Krise
(21.03.2014)

Für unsere Organisation hört Europa nicht an der Grenze zur Ukraine auf. Wir begreifen auch Russland als Teil Europas. Seit Jahren pflegen wir gute Kontakte zu beiden Ländern. Doch seit langem sehen wir mit Besorgnis, wie die Nato Ihren Einflussbereich immer weiter nach Osten bis zur Ukraine ausdehnt. Dabei war Russland im Zuge der Wiedervereinigung das Versprechen gegeben worden (von NATO-Generalsekretär Wörner) die NATO nicht nach Osten zu erweitern. Dies sollte als Sicherheitsgarantie verstanden werden. Die dennoch erfolgte Osterweiterung hat für Russland eine konkrete Bedrohungssituation geschaffen, für die nicht die Ukraine, sondern der Westen voll verantwortlich ist, denn er ist gegenüber Russland wortbrüchig geworden. Diese Situation wurde von zahlreichen unabhängigen Kommentatoren aufgezeigt und analysiert. In der deutschen Politik und in den Mainstreammedien wird nun, nachdem das Kind ins Wasser gefallen und sich die Gesamtsituation zu Lasten der westlichen Expansionsgelüste schlagartig verschlechtert hat, verstört herumklamentiert und versucht, Russland bzw. Wladimir Putin die Schuld an den Ereignissen und Folgen zuzuschieben. Das dürfte, bei allem Verständnis für die ukrainische Seite, etwas einseitig sein! Die deutsche Bevölkerung zeigt in der Krimkrise schweres Misstrauen gegenüber der deutschen Politik und der „offiziellen“ Medienberichterstattung.

„Die freie Welt“ hat jüngst folgende Umfrage gestellt: ***Unterstützen Sie Angela Merkel in ihrer Sanktionspolitik gegen Russland?*** Ergebnis: Nein (91%), Ja (7%), Weiß nicht (2%).

Das ist doch ein ziemlich deutliches Votum und zeigt zumindest, dass die deutsche Bevölkerung – bei penetrant gegenteiliger Dauerbeschallung seitens der Medien – absolut gegen Sanktionen ist und ein gutes Verhältnis mit Russland wünscht – trotz rechtlich umstrittener Wiedervereinigung der Krim mit Russland! In diesem Zusammenhang ist es lohnend die Regierungserklärung Wladimir Putins zum Krimkonflikt zu eingehend zu studieren, die hier im vollen Wortlaut in Deutsch wiedergegeben wird (Dank hierfür an www.seniora.org, Willy H. Wahl). Die Zukunft Deutschlands liegt nicht in Amerika, sondern in Europa. Es ist unsinnig wegen der vom Westen weitgehend selbstverschuldeten Krimkrise die freundschaftlichen Beziehungen zu Russland aufs Spiel zu setzen. Genau das jedoch geschieht augenblicklich – gegen den Willen der deutschen Bürger! Es gilt: Die russischen und zentraleuropäischen Wirtschaftsinteressen sind identisch. Das trotzige Aufwerfen von Wallgräben gegen Russland ist kontraproduktiv und wird den europäischen Bürgern und Steuerzahlern sowohl politisch wie wirtschaftlich ganz massiv schaden. Wie in der europäischen Finanzpolitik (siehe ESM) setzt auch hier die europäische Nomenklatura auf das falsche Pferd. Wir sehen das mit Sorge, denn die notwendigen Mittel zur Stützung der Ukraine werden wohl wieder dem ESM entnommen werden und dafür haften in erster Linie erneut die normalen Steuerzahler der Eurounion und in erster Linie die Deutschen.

Rolf von Hohenhau
(Präsident)
Taxpayers Association Europe